



AFRIKA/LIBERIA - FRIEDENSGESPRÄCHE ZWISCHEN LIBERIANISCHER REGIERUNG UND GUERILLAKÄMPFERN IN GHANA. AMERIKANISCHE BISCHÖFE ERKLÄREN SICH SOLIDARISCH MIT DEN KRIEGSOPFERN

Monrovia (Fidesdienst) – Am 4. Juni haben in Akosombo (Ghana) Friedensgespräche zwischen der liberianischen Regierung und Vertretern der Rebellenbewegungen begonnen. An den Gesprächen wird der liberianische Präsident Charles Taylor und Staatschefs aus sechs verschiedenen benachbarten Ländern teilnehmen. Die Versammlung findet unter Schirmherrschaft der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (CEDEAO) statt. Den Vorsitz hat der ghanaische Staatspräsident John Kufuor zusammen mit einer Kontaktgruppe der Vereinten Nationen, der Vertreter der Europäischen Union, der Afrikanischen Union, der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Senegals, Nigerias, Ghanas und Marokkos angehören.

Bei den Gesprächen handelt es sich um das erste Zusammentreffen der liberianischen Regierung und der Rebellen, die damit einen Krieg beenden wollen, der im Land seit 1999 zu Zerstörung und Blutvergießen führt und an dem auch die Nachbarstaaten Sierra Leone und Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) beteiligt sind.

Mit der Situation in Liberia, das im 19. Jahrhundert von Nachkommen amerikanische Sklaven gegründet wurde, befassten sich vor kurzem auch die US-amerikanischen Bischöfe. In einer vom Vorsitzenden des bischöflichen Ausschusses für internationale Politik, Bischof John H. Ricard von Pensacola-Tallahassee, unterzeichneten offiziellen Verlautbarung vom 29. Mai heißt es: „Seit 1999 leidet Liberia unter den schwerwiegenden Folgen eines Bürgerkrieges, bei dem tausende unschuldiger Zivilisten ermordet wurden. Über eine Million Menschen wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und sind heute so genannte Binnenflüchtlinge, während eine weitere halbe Million Menschen das Land verlassen und in Nachbarländern Zuflucht gesucht hat. Regierung und Rebellen wurden beschuldigt, schwere Menschenrechtsverstöße begangen zu haben, einschließlich der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, der Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten, Plünderungen und ethnische Massaker“.

Der Krieg hat nach Ansicht der US-amerikanischen Bischöfe auch die Wirtschaft und das Sozialwesen des Landes zerstört: „Das Erziehungs- und Gesundheitswesen, die bereits durch den Bürgerkrieg in den Jahren von 1989 bis 1994 geschädigt worden war, sind heute vollkommen zerstört. Die Arbeitslosenrate liegt bei 85% und die Wirtschaft liegt größtenteils still“.

In diesem Kontext betonten die Bischöfe auch, dass „Kirchen, Krankenhäuser und andere Einrichtungen der religiösen Gemeinschaften in Liberia von Rebellen und Regierungssoldaten unter Präsident Taylor zerstört wurden“. „Trotz dieser Schwierigkeiten stellt sich die katholische Kirche weiterhin in den Dienst jener, die von diesem Krieg betroffen sind. Wie die Kirche in Liberia sind wir davon überzeugt, dass der Bürgerkrieg nicht mit militärischem Vorgehen beendet werden kann. Wir unterstützen den Appell der katholischen Kirche und des Interreligiösen Rates in Liberia, die einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand und die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit fordern.“, so die Bischöfe abschließend. (LM) (Fidesdienst, 4/6/2003 – 40 Zeilen, 420 Worte)

> LINKS

Der Wortlaut der Erklärung der Bischöfe: http://www.fides.org/eng/vita_chiesa/vescovi_usa_liberia040603.html: